

Ines Prodöhl, Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956, Akademie Verlag, Berlin 2011, VIII + 301 S., geb., 49,80 €.

Mit der aus einer Heidelberger Dissertation hervorgegangenen Arbeit „Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956“ füllt Ines Prodöhl eine wichtige Lücke in den aktuellen Debatten um Rolle und Bedeutung von Enzyklopädien und von enzyklopädischem Wissen. Es dürften nicht zuletzt die seit Jahren andauernden Diskussionen um Wikipedia und die Grenzen einer ‚freien‘ Enzyklopädie sein, die das rezente Interesse an Genese, Form und Wirkung von Wissenssammlungen angespornt haben. Obwohl die Autorin mit keinem Wort auf diese Debatten eingeht, liefert sie mit ihrer präzisen historischen Analyse eine Steilvorlage für eine Neubewertung der gegenwärtigen Fragen.

Der Grundgedanke der gesamten Untersuchung ist, dass Enzyklopädien „nicht mehr aber auch nicht weniger als der Verhandlungsort dessen [sind], was eine Gemeinschaft für wissenswert hält“ (S. 1). Enzyklopädien sind, so Prodöhl, nicht offene Medien, sondern dienen der Einflussnahme auf die Allgemeinbildung einer bestimmten Bevölkerung zu einer bestimmten Zeit. Um diese These zu belegen, ist die Arbeit in vier große Teile gegliedert.

Der erste Teil widmet sich – einem langen Prolog gleich – den deutschsprachigen Lexika des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Die bürgerlichen Konversationslexika dieser Zeit waren ein Erfolgsmodell, weil sie einerseits „der Vermittlung von Wissen, Bildung und Information in einem universell gültigen Kontext“ (S. 34) dienten, sie sich aber zugleich zur Aufgabe gemacht hatten, „das Gesellschaftsbild des aufgeklärten, liberalen Bürgertums“ zu vermitteln (ebd.). Im Mittelpunkt des Interesses standen Friedrich Arnold Brockhaus (1722–1823), der Gründer des gleichnamigen Verlags, und, drei Viertel Jahrhunderte später, Joseph Meyer (1796–1856), dessen „Conversations-Lexikon für die gebildeten Stände“ die direkte Konkurrenz des „Brockhaus“ wurde. Prodöhl beschreibt die Konversationslexika dieser Zeit als „eine Form zivilgesellschaftlicher Selbstbehauptung“ (S. 259), die zudem Projekte mit einem nationalen Fokus waren. Aufschlussreich sind deshalb ihre Ausführungen über die Strategien der Globalisierung deutscher Enzyklopädien mittels Übersetzungen und Adaptationen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgte eine konzeptionelle Neuausrichtung der deutschen Enzyklopädien. Sie wurden „ein entpolitisiertes Medium der allgemeinen Unterhaltung“ (S. 60), die Inhalte und vor allem die Bedeutung der Bücher als Aushandlungsorte liberaler Gesellschaftsvorstellungen rückten in den Hintergrund.

Das eigentliche Kernstück der Untersuchung, der auch umfangmäßig hervorstechende zweite Teil, widmet sich den Enzyklopädien im ‚Dritten Reich‘. Am Beispiel der beiden Leipziger Verlagskonkurrenten F. A. Brockhaus und Bibliographisches Institut („Meyers Konversations-Lexikon“) werden nationalsozialistische Vereinnahmung, Zensurpolitik und verlegerischer Opportunismus beschrieben. In beiden untersuchten Beispielen beschränkten sich die Zensurmaßnahmen auf einzelne, die Partei oder das Reich betreffende Beiträge in den jeweiligen Lexika. Hauptsächlich zuständig war die „Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums“ (PPK), die im Laufe der Jahre versuchte, ihre Deutungsmacht immer weiter auszubauen. Detailreich und quellengesättigt werden personelle und institutionelle Netzwerke und ihre Auswirkung auf die anonymisierte Wissensproduktion untersucht und mit den wirtschaftlichen Interessen der Verlage verknüpft. Dadurch entsteht ein mikrohistorischer Blick auf die Schnittstellen zwischen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fragen, die mit der Deutungshoheit enzyklopädischen Wissens verbunden werden.

Mit diesem Instrumentarium gelingt es der Studie, die unterschiedlichen Strategien der beiden Konkurrenten sehr anschaulich herauszuarbeiten: Hauptziel beider Verlage war während der Kriegsjahre die Verhinderung einer Stilllegung. Während die Firma F. A. Brockhaus stets bedacht war,

sich den Zensurmaßnahmen nur so weit wie notwendig unterzuordnen, praktizierte das Bibliographische Institut (BI) bereits in den Vorkriegsjahren eine vorbehaltlose Übernahme der nationalsozialistischen Politik. In den letzten Kriegsjahren konzentrierte sich das BI auf die Lieferung von enzyklopädischen Heften, sogenannten „Schlag nach“, an die Wehrmacht, während F. A. Brockhaus sein Augenmerk auf die Produktion des „Sprach-Brockhaus“ richtete, der sich auch für den Unterricht von Deutsch als Fremdsprache eignete und dem Unternehmen nach Kriegsende erste Geschäfte sicherte.

Das dritte Kapitel befasst sich mit zwei Versuchen, gegen Ende des Kriegs eine neue deutschsprachige Enzyklopädie herauszugeben, zum einen in der Schweiz, zum anderen in Deutschland. Sehr anschaulich zeichnet die Studie die Bedeutung nach, die hüben wie drüben einem solchen Projekt zugeschrieben wurde. Die schweizerische Buchbranche (und mit ihr zusammen die politischen Kreise, die sich für das „Schweizer Lexikon“ einsetzten) hoffte, den Platz des praktisch zerstörten Produktionsorts Leipzig einnehmen und das eigene angeschlagene Image als „neutrales“ Land aufbessern zu können. Das siebenbändige Werk, das schließlich in den Jahren 1945 bis 1948 erschien, betonte auffallend die „nationale Eigenständigkeit“ (S. 172) des Werks, obgleich der Themensetzung ein gewisser Opportunismus nicht abgesprochen werden kann.

In Deutschland präsentierte sich die Lage nach dem Krieg sehr komplex. Während das Bibliographische Institut aufgrund der engen Kooperation mit den Nationalsozialisten bald enteignet wurde, erhielt die Firma Brockhaus von der amerikanischen Militärverwaltung, der Leipzig zwischen April und Juli 1945 unterstand, das Angebot, eine Dependence im westlichen Teil Deutschlands zu errichten. In den folgenden Jahren – und das ist sicherlich eines der eindrucklichsten Kapitel des Buchs – glichen die literaturpolitischen Kontrollmechanismen der DDR immer mehr den Zensurpraktiken des nationalsozialistischen Regimes. Die *wirtschaftliche* Kontrolle durch den Staats- und Parteiapparat war in der DDR hingegen ausgeprägter und folgenreicher. So wurde 1950 auch F. A. Brockhaus enteignet und verstaatlicht.

Prodöhl spricht im Zusammenhang dieser frühen DDR-Jahre von einem Prozess der „Selbstsowjetisierung“ (S. 254). Konkret ging es um den Versuch der DDR, die „Bol’shaja Sovetskaja Enciklopedija“ ins Deutsche zu übersetzen. Da sich in diesen Jahren die Ereignisse in der Sowjetunion schnell änderten, war das Lexikon indes nie aktuell. Auch der Versuch, lediglich enzyklopädische Hefte zu veröffentlichen, scheiterte letztlich an der kurz nach Stalins Tod einsetzenden „Tauwetterperiode“ der UdSSR. Die Publikation der Hefte wurde aber erst auf Druck der Sowjets eingestellt.

Die Studie bereitet ein anspruchsvolles und erstaunlich aktuelles Thema spannend und kenntnisreich auf. Mit einem immensen Quellenfundus zeichnet sie exakt und sehr reflektiert die komplexen Zusammenhänge zwischen Wissen, Macht, Struktur und Wirtschaft am Beispiel der deutschen Enzyklopädien nach und regt zum Nachdenken über die heutige Welt der Enzyklopädien zwischen Wikipedia, Microsoft Encarta und der naiven Wissenswelt von Google & Co. an. – Nur ein anständiges Korrektorat hätte man dem Buch noch gewünscht, das die nicht wenigen Tippfehler und die vermutlich fehlende(n?) Zeile(n?) auf S. 30 bereinigt hätte.

Peter Haber, Basel

Peter Haber: Rezension von: Ines Prodöhl, Die Politik des Wissens. Allgemeine deutsche Enzyklopädien zwischen 1928 und 1956, Akademie Verlag, Berlin 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 52, 2012, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81346>> [23.4.2012].